



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

„Wenn du nehmen willst, so gieb!“ Die Verhandlungen des deutschen Reichstags vom 11. Februar haben ein glänzendes Zeugnis abgelegt für den Takt und den Ernst, womit Regierung und Volksvertretung an die schwierige Aufgabe herantreten, die handelspolitischen Beziehungen des Reichs zu den Vereinigten Staaten von Amerika so zu ordnen, wie es den deutschen Interessen entspricht. Es war zu dieser Aufgabe vor allem nötig, der politischen Voreingenommenheit und Verhegung, die schon anfangs, den Blick der Amerikaner in bedenklichem Grade auch für die handelspolitische Lage zu trüben, den Boden zu entziehen. Man darf sagen, daß nunmehr deutscherseits alles gethan ist, was in dieser Richtung geschehen kann. Soweit sich übersehen läßt, wird das auch in allen europäischen Kulturstaaten anerkannt, und selbst die leitenden Staatsmänner in den Vereinigten Staaten sind, wenn sie es nicht schon früher waren, jetzt davon überzeugt, daß die Hezereien und Mißstimmungen ihrer Landsleute gegen die deutsche Politik lediglich auf bösem Willen oder Irrtum beruhen.

So erfreulich es ist, das aussprechen zu können, so ist damit die handelspolitische Frage an sich noch nicht gelöst, ja kaum berührt. Deutschlands Industrie und Handel dürfen sich nicht der Täuschung hingeben, daß ihnen harte Kämpfe und empfindliche Schwierigkeiten erspart bleiben werden, oder durch eine weise Politik der Regierung erspart werden könnten. Noch weniger aber darf die Regierung bei dem Kampf um die Absatzgebiete, den wir aufzunehmen gezwungen sind, außer acht lassen, welche Bedeutung gerade die Vereinigten Staaten als Gegner haben.

Zwei Dinge müssen scharf von einander getrennt werden: die Entwicklung unsrer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten selbst, und zweitens der Konkurrenzkampf Deutschlands mit den Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt.

In Bezug auf die erste Frage — sie allein ist überhaupt am 11. Februar im Reichstage berührt worden — hat unser Staatssekretär des Auswärtigen den amerikanischen Geschäftsleuten, die ihren Vorteil im schroffsten Protektionismus sehen und die Klinke der Gesetzgebung fest in der Hand haben, das Dichterwort in Erinnerung gebracht: „Wenn du nehmen willst, so gieb!“ Wer die Lage der Partei-, Macht- und Interessenverhältnisse in den Vereinigten Staaten kennt, wird aber daran nicht zweifeln, daß die amerikanische Handelspolitik keine Gelegenheit, namentlich keine Unklarheit, Strittigkeit und Lücke in der Vertragslage, unbenuzt lassen wird, die Einfuhr deutscher Waren womöglich bis zur völligen Aussperrung zu unterbinden. Man ist nun einmal nirgends in der ganzen Welt so davon überzeugt, nehmen zu können, ohne geben zu müssen, gerade uns gegenüber, als in den Vereinigten Staaten, und die Schuld, daß das so ist, liegt in der Hauptsache an uns selbst. Das unverständige Geschrei, die ganze deutsche Industrie sei verloren ohne den bisherigen Export nach Nordamerika, und Deutschland gehe zu Grunde ohne die bisherige Einfuhr von da, würde selbst bescheidnere Leute, als es die Amerikaner von heute sind, zu dem Glauben bringen, im Verkehr mit Deutschland habe das von Herrn von Bülow zitierte Goethische Wort keine Geltung.

Wir müssen mit einer wesentlichen Veränderung unsrer Warenausfuhr nach den Vereinigten Staaten, und zwar mit einem starken Rückgang rechnen lernen, und wir müssen die Amerikaner unzweideutig darüber befehlen, daß durch diesen Rückgang unser wirtschaftliches Gedeihen und unsre fortschreitende Beteiligung am Welthandel durchaus nicht gefährdet ist. Es gehört in das kürzlich hier behandelte

Kapitel von den Übertreibungen, die über die einseitige und übermäßige Entwicklung unserer Exportindustrie überhaupt zum Dogma geworden sind, wenn man unser Wohl und Wehe so, wie es jetzt meist geschieht, als von dem bisherigen Export nach den Vereinigten Staaten abhängig bezeichnet.

Wer in der Ausführstatistik Position für Position durchgeht, wird von dieser Gespensterfurcht befreit werden, falls er eben die deutsche Gesamtindustrie im Auge hat und nicht einzelne Industriezweige, die noch besonders auf den amerikanischen Markt zugeschnitten sind. (Den höchsten Posten vom Export nach Amerika nahm 1896 bekanntlich die Strumpfwarenfabrikation mit nicht mehr als 24 Millionen Mark in Anspruch.) Ein Unglück wäre es aber, wenn es diese bisher für den amerikanischen Markt — direkt oder indirekt — mit einer gewissen Einseitigkeit arbeitenden Industrien im Vertrauen auf die Wunderkraft des sogenannten „Schutzes der nationalen Arbeit“ im Deutschen Reiche an der nötigen Vorsicht fehlen ließen und sich nicht beizeiten um andre Absatzgebiete, sei es auch mit entsprechend veränderter Produktion, bemühten. Daß ihnen nicht plötzlich der amerikanische Markt versperrt wird, dagegen bietet der praktische Sinn der Amerikaner genügende Sicherheit, wenn diese nur nicht durch unsere eigne Heulmeierei darüber getäuscht werden, daß das Deutsche Reich, wenn es auf Retorsionen ankommt, die schärferen Waffen in der Hand hat. Die Einfuhr von Rohstoffen — von den Fabrikaten ist gar nicht zu reden — aus Amerika besteht zu einem sehr beträchtlichen Teile aus Dingen, die Deutschland ebenso gut wo anders her beziehen kann, und so frei wir von agrarischen Tendenzen sind, so halten wir es doch für ganz selbstverständlich, daß Rücksichtslosigkeiten der amerikanischen Zollpolitik gegen die deutsche Exportindustrie mit ebenso rücksichtsloser Aussperrung der für uns entbehrlichen Produkte der Vereinigten Staaten beantwortet werden. Darüber darf den Amerikanern kein Zweifel gelassen werden.

Aber von viel größerer Wichtigkeit als die Entwicklung unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten selbst ist die Frage, wie sich der Konkurrenzkampf zwischen Deutschland und Nordamerika auf dem Weltmarkte gestalten wird. Die Fortschritte Deutschlands und der Vereinigten Staaten in ihrer Produktionskraft während der letzten beiden Jahrzehnte übertreffen die aller übrigen am Welthandel beteiligten Nationen bei weitem. Wir müssen, damit unser Volk nicht wirtschaftlich verkommt, zu einer Exportpolitik in völlig neuem, gewaltigem Umfange übergehen, und wir müssen deshalb verlangen, daß die noch nicht verschlossenen Thüren im Weltverkehr offen bleiben. Die Vereinigten Staaten wollen, obgleich dünn bevölkert, dem im Interesse der herrschenden Großkapitalisten in ihrem Inlande bis zum äußersten gesteigerten protektionistischen Naubbau durch eine neue Weltmachtspolitik immer weitere Ausbeutungsgebiete sichern durch Einbeziehung in die Politik der geschlossenen Thüren, und wo das nicht angeht, durch rücksichtslose Vergewaltigung der fremden Konkurrenz auf andre Weise.

Die Vereinigten Staaten dürfen sich aber darüber nicht länger täuschen, daß sie sich durch diesen Übergang zur ausbeutenden Kolonialpolitik im Dienst ihrer Großkapitalisten zu gemeingefährlichen Störern des Weltfriedens und der Weltwirtschaft machen, daß ihr „Imperialismus“ mit einer dem heutigen Stande der Zivilisation schroff widersprechenden Frivolität der ganzen zivilisierten Welt den Fehdehandschuh hinwirft. Zunächst aber wird Deutschland von dieser Friedensstörung unmittelbar und unerträglich betroffen werden. Darüber können uns alle politischen Höflichkeiten, die zwischen den Regierungen ausgetauscht werden, nicht hinwegtäuschen. Nur die Rückkehr des Volkes der Vereinigten Staaten zu gesunden, verständigen, freisinnigen Grundsätzen in seiner Handelspolitik kann den casus belli,

den der neumodische Imperialismus frivol an die Wand malt, beseitigen. Bis dahin kann in Deutschland nur ein Narr dem Frieden trauen.

Schweizerische Empfindlichkeit. Eine der charakteristischen und, unserm Gefühle nach, unberechtigtesten Eigentümlichkeiten der Schweizer und ganz besonders der Deutschschweizer ist ihre maßlose Empfindlichkeit gegenüber jeder Kritik — namentlich von deutscher Seite. Die Tatsache, daß im allgemeinen der Kleinere und Schwächere dem Größeren gegenüber mißtrauisch und empfindlich ist, genügt hier durchaus nicht als Erklärung, denn die Schweiz hat, mit vollem Rechte, so viel Selbstschätzung und so viel Selbstbewußtsein, daß es einer hochgradigen Empfindlichkeit nicht bedürfte, um der Anerkennung ihrer politischen Stellung nach jeder Seite hin sicher sein zu können.

Ein auffallendes Beispiel für diese Empfindlichkeit bietet wieder einmal die Aufnahme, die die kürzlich in den Grenzboten erschienenen „Politischen Reisebetrachtungen aus dem deutschen Süden“ in einem Teile der schweizerischen Presse gefunden haben. Eine Besprechung dieser Betrachtungen, mit denen auch wir, namentlich insofern sie sich mit der Stellung der deutschen Einzelstaaten dem Reiche gegenüber beschäftigen, durchaus nicht allenthalben übereinstimmen, erfolgte unsers Wissens zuerst in der „Straßburger Post“ und zwar durch einen schweizerischen Korrespondenten in Bern. Er sprach sich in sehr maßvoller und von seinem schweizerischen Standpunkte aus in sehr gerechtfertigter Weise gegen verschiedene Auslassungen des Verfassers der Reisebetrachtungen aus. Die Redaktion der Straßburger Post bemühte sich aber in einer Nachschrift, nach beiden Seiten hin auszugleichen, und gab zu, daß in Deutschland ebenso wie in der Schweiz die Presse ab und zu die freundnachbarlichen Gefühle verletze.

Wir hätten hiernach geglaubt, die Sache sei erledigt, und hätten keine Veranlassung gehabt, in der fraglichen Angelegenheit zur Feder zu greifen, wenn nicht ein sehr angesehenes deutsch-schweizerisches Blatt, die „Basler Nachrichten,“ Veranlassung genommen hätte, infolge dieses Artikels der Straßburger Post, nachträglich die politischen Reisebetrachtungen unter ihr Seziersmesser zu nehmen und ihrer Empörung darüber Luft zu machen, daß die Deutschen es wagen, über schweizerische Verhältnisse zu schreiben, sie zu kritisieren und namentlich von einer in der Schweiz herrschenden Deutscheindlichkeit zu sprechen. Unseres Erachtens kann diese Verhältnisse ein in der Schweiz reisender oder sich nur ab und zu — wohl meist an Kurorten — dort aufhaltender Deutscher, wie es jedenfalls der uns persönlich unbekanntere Verfasser der Reisebetrachtungen ist, ebenso wenig richtig und vorurteillos beurteilen, wie vom entgegengesetzten Standpunkte aus ein geborner Schweizer. Der erste sieht vielfach nur die Oberfläche und die rauhe Form, der letzte ist Partei, und zwar im engsten Sinne des Wortes. Wir glauben daher, daß es nicht unangebracht ist, wenn ein Deutscher, der seit einer längeren Reihe von Jahren in der Schweiz lebt und viele Beziehungen in wissenschaftlichen und geschäftlichen Kreisen mit Schweizern unterhält, und der insbesondere die deutsche Schweiz sehr genau kennt, seine Ansicht über die fraglichen Verhältnisse hier ausspricht.

Wir müssen da zunächst gestehen, daß der Vorwurf der Deutscheindlichkeit, den der Grenzbotenartikel gegen die Schweiz erhebt, in der Hauptsache als begründet anzusehen ist. Es ist oft Gegenstand unsers ernststen Nachdenkens gewesen, woher es kommt, daß der Deutsche eo ipso keinen Sympathien in der Schweiz begegnet; er wird im Volksmunde meist als „Schwob“ bezeichnet, und ein unbefangenes freundschaftliches Verhältnis zwischen Schweizern und Deutschen — auch wenn

diese noch so lange in der Schweiz leben — wird sich nur in Ausnahmefällen gestalten. Wer dies als Deutscher leugnet, der kennt die Verhältnisse nicht oder ist zu kurze Zeit erst in der Schweiz, als daß er ein richtiges Urteil haben könnte. Der sprechendste Beweis für die Wahrheit dieser unsrer Behauptung ist, daß, je länger ein Deutscher oder eine deutsche Familie in einer der großen Städte der deutschen Schweiz leben, sie sich um so vereinsamer den schweizerischen geselligen Kreisen gegenüber fühlen werden. Dem Schweizer geht eine Eigenschaft ab, auf die in Deutschland großer Wert gelegt wird — die Gastfreundschaft. Von dieser haben sie einfach keinen Begriff. Wenn sie an und für sich schon keine übertriebenen höflichen und verbindlichen Formen haben, so schwinden sie mehr und mehr, je länger der Fremde in der Schweiz weilt. Man kann jahrelang in einer Stadt der deutschen Schweiz leben, ohne daß man mit den Schweizern in einen unbefangnen, geselligen Verkehr käme, oder daß einem die Gastfreundschaft in schweizerischen Familien gewährt würde.

Wir wissen sehr wohl, daß die Schweizer auch gegen ihre eignen Landsleute sehr zurückhaltend sind, und daß der Zürcher nicht gern mit dem Basler und dieser nicht gern mit dem Berner usw. weder gesellschaftlich noch geschäftlich verkehrt, aber dem Fremden gegenüber ist die Gastfreundschaft ein Gebot, das von jeher und überall gegolten hat, und das in der Republik, in der ein großer Teil der Bevölkerung von den Fremden lebt, besonders hoch gehalten werden sollte. Da im Volksmunde die Schweiz vielfach als besonders „gastfrei“ bezeichnet wird, so möchten wir bemerken, daß wir die Gastfreundschaft, die bezahlt wird, oder die auf dem Asylrecht beruht, nicht als solche erachten. — Die Basler Nachrichten schreiben, daß sich der Deutsche vielfach dadurch unbeliebt mache, daß er bei seinem Aufenthalt in der Schweiz die dortigen Verhältnisse kritisiere und bemängle. Wir müssen diesen Vorwurf, wenn er einer ist, für unberechtigt erklären. Wir sind jedes Jahr mit zahlreichen, in der Schweiz reisenden Deutschen zusammen, haben aber von einem Mörgelein oder davon, daß „der Durchschnittsdeutsche, kaum Schweizerboden unter sich fühlend, seiner Kritik unaufhaltsamen Born fließen läßt und dabei selbst heilige, schweizerische Gefühle nicht scheut,“ nie etwas bemerkt. Es ist ja möglich, daß der Deutsche, wenn er in seine Heimat zurückgekehrt ist, diese oder jene schweizerischen Verhältnisse und Zustände abfällig kritisiert, auf Schweizer Boden aber haben wir es, wenigstens in verletzender Weise, nie, auch nicht hinsichtlich des schweizerischen Militärs, gehört. Solches Verhalten entspricht aber genau dem, was die Basler Nachrichten ihren Landsleuten zuschreiben; sie sagen nämlich: „Der Schweizer übt Kritik und läßt sich oft unverblümt über Deutschland und deutsche Verhältnisse aus. Aber so lange er in Deutschland, so lange er Gast ist, versteht er den Mund zu halten.“ Diese Behauptung der genannten Zeitung findet übrigens auch ihre Ausnahmen; es ist uns selbst passiert, daß an einem Pensionstisch in einem süddeutschen Badeorte bei Gelegenheit eines patriotischen Festtages ein Hoch auf Bismarck ausgebracht wurde, und eine anwesende Schweizer Familie in schärfster Tonart ihrer Empörung Luft machte, daß an einem Tisch, an dem Schweizer saßen, Bismarck in solcher Weise gefeiert werde.

Wenn schließlich die Basler Nachrichten sagen, daß in der Schweiz ein „auf historische Grundlage zurückzuleitendes Mißtrauen“ gegen Deutschland herrsche, so ist uns dies ganz unverständlich. Wir sollten denken, daß ein auf historischer Grundlage beruhendes Mißtrauen sich nur gegen Frankreich wenden könnte, nicht aber gegen Deutschland! Davon merkt man aber nichts, sondern trotz aller gegenteiligen Versicherungen herrscht auch in der deutschen Schweiz, namentlich in ihren westlichen Teil — Bern, Basel usw. —, eine große, gerade jetzt kaum begreifliche

Vorkliebe für Frankreich, für die Franzosen und für ihre Sprache. Der Ton, den die Basler Nachrichten anschlagen, indem sie von „Unmaßung“ usw. sprechen, ist ganz unangebracht gegenüber dem Deutschen Reiche, dem die Schweiz viel zu danken hat — nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Handel und Verkehr, und von dem sie nichts zu fürchten hat. Ob sich das ohne weiteres auch vom westlichen Nachbar sagen läßt, bleibe dahingestellt. Wie gerechtfertigt der Wunsch ist, daß die schweizerische Empfindlichkeit nicht gar zu unverblühten Ausdruck in der Presse finden möchte, hat sich in den letzten Tagen wieder gezeigt, als dasselbe Basler Blatt die Reichstagsrede Dr. Liebers besprach, der die Schweiz als ein Land bezeichnet, „in dem Königs- und Frauenmörder frei umherlaufen.“ Wir sind die ersten, die solchen Unsinn, der seine Erklärung nur in der augenblicklichen Erregtheit des Jesuitenführers finden kann, auf das schärfste verurteilen, und können die Empörung der Schweizer über diese taktlose Äußerung, die keine Entgegnung fand, vollständig verstehen, aber die Basler Nachrichten hätten wohl besser gethan, den Nachsatz wegzulassen. Wir glauben, daß eine solche Drohung nach keiner Seite hin Eindruck macht.

Wir können es uns nicht versagen, als Abschluß dieser kurzen Betrachtung auf den Brief hinzuweisen, den Jakob Burckhardt, der berühmte Basler Gelehrte, am 30. Dezember 1841 aus Berlin an Gottfried Kinkel richtete.*) Er schreibt darin: „... Ich weiß jetzt, wie alles gekommen ist; ich erkenne die Mutterarme unsers großen gemeinsamen deutschen Vaterlandes, das ich erfolglos verspottete und zurückstieß, wie fast alle meine schweizerischen Landsleute zu thun pflegen. Deutschland läßt sie auch meist wieder laufen, ohne ihnen von seiner Eigentümlichkeit und seiner Erhabenheit etwas mitgeteilt zu haben; auf mich hat es seine Güter ausgeschüttet und mich an sein warmes Mutterherz gezogen. Und daran will ich mein Leben setzen, den Schweizern zu zeigen, daß sie Deutsche sind.“

Obgleich dies beinahe sechzig Jahre her ist, so hat es heute noch seine volle Berechtigung, und es wäre gut, wenn sich alle Schweizer dessen immer bewußt wären.

Zwei- oder dreijährige Dienstzeit? Am 1. April 1899 wird der auf fünf Jahre berechnete Zeitraum abgelaufen sein, worin die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen des deutschen Heeres erprobt werden sollte, und der Reichstag wird noch einmal die Frage gründlich zu beurteilen haben, ob der Versuch als gelungen zu betrachten ist und somit die kürzere Dienstzeit gesetzlich festgelegt werden kann oder nicht. Gewiß giebt es wichtigere Dinge im öffentlichen Leben, Fragen von tieferer Bedeutung, die der Lösung harren, aber da trotz aller Abrüstungsvorschläge und Friedensversicherungen im letzten Grunde doch auf der Armee die Sicherheit unsers Staatswesens beruht, so lohnt es sich wohl, die Aufmerksamkeit auf diese für die Leistungsfähigkeit der Armee so folgenschwere Angelegenheit zu richten, und es darf nicht wunder nehmen, daß sie schon jetzt in der Tagespresse der Gegenstand eifriger Erörterung ist. Ein Fehler freilich ist es, wenn da, wie es meist geschieht, die Frage lediglich vom einseitigen Parteistandpunkt aus behandelt wird, während man doch vor allem sachlich urteilen und die Vor- und die Nachteile der beiden Formen sorgsam gegen einander abwägen sollte.

Zu Gunsten der dreijährigen Dienstzeit sprechen vor allem die außerordentlichen Erfolge, die wir in unsern drei großen Kriegen damit gehabt haben; man

*) Deutsche Revue, Januarheft 1899, Meyer-Krämer, Jakob Burckhardt und Gottfried Kinkel. Grenzboten I 1899

weiß, daß der alte Kaiser lieber vorzeitig die Krone seinem Sohne übertragen als auf die dreijährige Dienstzeit verzichten wollte, daß auch Bismarck mehr als einmal seine gewichtige Stimme dafür erhoben hat. Daß die dreijährige Dienstzeit mit Rücksicht auf die Disziplin und die militärische Ausbildung der Truppe unbedingt den Vorzug verdient, wird auch heute niemand leugnen; es ist ganz selbstverständlich, daß der moralische und technische Wert eines Heeres höher, die Leistungen zuverlässiger sein werden, wenn der Mann drei Jahre gedient, als wenn er nur zwei Jahre unter der Fahne gestanden hat. Es muß also ein sehr wichtiger Grund gewesen sein, der unsre Heeresverwaltung veranlaßt hat, diese altbewährte und durch Tradition wie Autorität geheiligte Form zu verlassen, um mit einer neuen den Versuch zu wagen. Dieser Grund liegt in dem Zahlenverhältnis, dessen Bedeutung sich gegen früher sehr verschoben hat. So wenig nämlich Zahlen an sich beweisen, so falsch wäre es in diesem Falle, wollte man sie ganz außer Rechnung stellen und sich bei der Schätzung eines Heeres nur auf seine ideellen Eigenschaften beschränken.

In Bezug auf Organisation und Bewaffnung, worin wir noch vor fünf- und zwanzig Jahren unsern mächtigen Nachbarstaaten weit voraus waren, besteht jetzt kein nennenswerter Unterschied mehr, und ob wir in der Kunst der Führung und der moralischen Tüchtigkeit der Truppe ein so starkes Übergewicht haben werden, daß wir uns eine Verringerung der Zahl erlauben dürfen, erscheint doch mindestens zweifelhaft, da wir auf beides zwar hoffen, aber nicht mit Sicherheit rechnen können. Je gleichwertiger zwei feindliche Heere in ihrer Organisation, in ihrer technischen und moralischen Leistungsfähigkeit sind, eine desto größere Rolle spielt die Zahl, und es wäre ein schwerer Fehler unsrer Heeresleitung, wollte sie diesen wichtigen und von allen modernen Autoritäten anerkannten Satz außer acht lassen.

Die zweijährige Dienstzeit ermöglicht in der Form, wie wir sie jetzt probeweise eingeführt haben, die Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl fast um ein Drittel, und in demselben Maße wächst natürlich die Zahl der ausgebildeten Soldaten; sie erlaubt ferner, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht wenigstens annähernd noch aufrecht zu erhalten. Das sind Vorteile, deren Bedeutung nicht erwiesen zu werden braucht. Es würde also ihrer endgiltigen Einführung nichts im Wege stehen, wenn auch dann noch ein ausreichend hoher Grad von sittlicher und soldatischer Tüchtigkeit erreicht werden könnte. Das ist der Kernpunkt der Sache, und diese Möglichkeit zu untersuchen der Zweck folgender Zeilen.

Die unbedingten Anhänger der dreijährigen Dienstzeit haben die Behauptung aufgestellt, die Disziplin der Armee sei in diesen fünf Jahren schon stark zurückgegangen, und zwar besonders deshalb, weil die Entlassung nach zwei Jahren, die früher den bessern Leuten als eine Belohnung für gute Führung und Leistungen in Aussicht stand, jetzt allen gleichmäßig zukomme. Bei der geheimnisvollen Art, mit der alle militärischen Angelegenheiten bei uns behandelt werden, dürfte sich der Beweis für oder gegen diese Behauptung schwer bringen lassen. Was aber die Einrichtung der Dispositionsurlauber angeht, so läßt sich nicht leugnen, daß sie große Schwächen gehabt hat. Wenn die Leute sich auch anfangs mehr als jetzt vor jeder Strafe in acht nahmen, die das Abdiene des dritten Jahres zur Folge hatte, so fiel doch für den einmal Bestraften jede Rücksicht fort, und wer gedient hat, der weiß, welche wenig schöne Rolle der sogenannte „alte Mann“ damals in der Kompagnie gespielt hat. Um dem Unteroffizier in der Ausbildung der Rekruten zur Hand zu gehen, dazu war er jedenfalls in den meisten Fällen ungeeignet.

Wenn man gesagt hat, ein zutreffendes Urteil über den Wert der zweijährigen

Dienstzeit lasse sich deshalb noch nicht abgeben, weil noch kein Landwehrmann aus ihr hervorgegangen sei, so läßt sich dagegen einwenden, daß bei den jetzigen Landwehrlenten, unter denen doch auch eine große Zahl von Dispositionsurlaubern ist, ein Unterschied zwischen dem Verhalten dieser Leute und dem der dreijährigen nicht zu bemerken gewesen ist. Warum sollte es denn nun mit einemmale anders sein? Ein wirklich abschließendes Urteil läßt sich übrigens aus solchen Erfahrungen auch nicht fällen, weil es sich dabei doch immer nur um Proben, höchstens einmal um eine Generalprobe handelt, während nur die wirkliche Ausführung, der Krieg, über Wert oder Unwert entscheiden kann.

Es ist kein Zweifel, daß sich die Anforderungen, die an die militärische Ausbildung des Soldaten gestellt werden, in den letzten Jahren immer mehr gesteigert haben, und daß diese dadurch sehr erschwert worden ist. Während man früher mehr in der Masse arbeitete, wird jetzt auf die Schulung des einzelnen Mannes der größte Wert gelegt, es ist eine Fülle neuer Ausbildungszweige hinzugekommen und doch kein einziger dafür beseitigt worden. Der zersetzende Einfluß des modernen Gefechts stellt die höchsten Anforderungen an die Selbsttätigkeit jedes einzelnen Schützen, der auch ohne den Befehl seines vielleicht gefallenen oder ihm aus den Augen gekommenen Führers seinen Platz ausfüllen und den Kampf bis ans Ende durchführen soll. Da dem gemeinen Mann in der Regel höhere Triebfedern fehlen, da ihm der Begriff des Heldentums fremd ist, so muß er dann aus unbewußtem Gehorsam handeln, eine Forderung, die noch vor zwanzig Jahren jedem Fachmann unerhört erschienen wäre.

Ob sich dieses Ideal insoweit erreichen läßt, daß die Feuerprobe bestanden wird, kann hier nicht entschieden werden, wohl aber darf man behaupten, daß die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit darauf von sehr geringem Einfluß ist. Nicht ob der Soldat seinen Ausbildungskursus zwei- oder dreimal durchmacht, entscheidet über seine Leistungsfähigkeit, sondern auf das Wie kommt es an. Wenn die Methode falsch oder der Lehrer unfähig ist, dann kann auch eine fünfmalige Wiederholung nichts nutzen, und wie viel wir in dieser Beziehung noch zu lernen haben, darüber sollte man sich nicht täuschen. Nicht als wenn die Arbeitslust in der Armee fehlte; im Gegenteil, es wird viel zu viel gearbeitet, durch ein planloses Beschäftigungsprinzip wird aber den meisten die Freudigkeit genommen. In tausend Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten verbraucht sich der Eifer, der, in richtige Bahnen gelenkt, den besten Nutzen bringen könnte. Bald nach dem Regierungsantritt des jungen Kaisers erschien ein Befehl, der den Mißbrauch der allzu häufigen Besichtigungen abstellen sollte, weil der ruhige Dienstbetrieb darunter leide. Der Befehl mag damals einigen Erfolg gehabt haben, aber jetzt ist man wieder so weit gekommen, daß immerzu besichtigt wird, und der ganze Dienstbetrieb sich um die Besichtigungstage dreht, es ist ein Arbeiten von Fall zu Fall.

Und was wird nicht alles besichtigt! Kein Unterschied zwischen Wichtigem und Nebensächlichem, überall derselbe Übereifer, wie er so drastisch in den Worten eines süddeutschen Kapitäns verurteilt wird, der auf die Frage, weshalb er denn nicht länger in preußischen Diensten bleiben wolle, zur Antwort gab: „Dees kann mer nimmer gefalle, bei dene Preise is alles Hauptsach!“ Ja wenn auf diese Weise nur etwas erreicht werden könnte! Aber diese lediglich für den Besichtigungszweck vorbereiteten Bilder streuen den Vorgesetzten nur Sand in die Augen, sie hinterlassen gar keinen bleibenden Wert und sind somit auch nichts weiter als Zeitverschwendung. Wenn man dem hier genügend gekennzeichneten Unwesen ein Ende machte, wenn man sich dazu entschloße, in den Zielen der Ausbildung eine weise Beschränkung walten und sich von höhern Grundsätzen leiten zu lassen, so wäre

schon ein großer Gewinn erreicht. Den unglückseligen Parademarsch mag man meinetwegen noch beibehalten, wenn es denn wirklich nicht ohne ihn geht, obwohl zu seiner Einübung eine ganz unverhältnismäßig große Zeit erforderlich ist, aber weshalb man alle die aus Arväterzeit herübergenommenen und heute höchstens noch als Vorbereitung brauchbaren Dienstzweige „unentwegt“ als Selbstzweck verherrlicht, weshalb man noch nicht einmal das gänzlich zwecklose Bajonettfechten aufgeben will, das läßt sich bei dem besten Willen nicht verstehen. Ließe man die militärischen Allotria fahren, so wäre Zeit genug vorhanden zur Ausbildung im Schieß- und Gefechtsdienst wie auch zum Exerzieren, dessen stramme Formen auch nicht um ein Tüttelein verkümmert werden dürfen; man hätte auch Zeit übrig, den Fehler zu verbessern, der den heutigen Dienst am empfindlichsten schädigt, die mangelhafte Ausbildung des Lehrpersonals. Welcher Kompagniechef kann sich denn unter dem Druck der Verhältnisse heute noch die Mühe geben, seine Offiziere und Unteroffiziere zu Lehrern der Mannschaft und zu brauchbaren Stützen heranzubilden? Muß er nicht froh sein, wenn er sie für den nächstliegenden Zweck nur so mühsam zurechtgestutzt hat, daß sie ihm da nicht völlig versagen? Und die Unteroffiziere selbst, müssen sie nicht erlahmen, wenn sie sich immerfort vor Aufgaben gestellt sehen, denen ihre Kräfte nicht gewachsen sind, müssen sie nicht aber auch in ihren Anschauungen wankend werden, wenn sie erleben, daß sie trotz ihrer mangelhaften Leistungen immer noch ganz gut durchkommen? Eine ernste, vielleicht nicht überall hinlänglich geübte Pflicht der Vorgesetzten ist es, dafür zu sorgen, daß alle unnötigen Abkommandierungen der Mannschaften vermieden werden, denn ein großer Teil all der Leute, die heute noch als Burschen oder Ordnonnzen, als Handwerker, in Küchen, Kantinen oder Schreibstuben zur Verwendung kommen, könnte und müßte zum Dienst herangezogen werden.

Das sind die Gründe, die an einer Verschlechterung der Armee, soweit überhaupt davon die Rede sein kann, Schuld sind. Die zweijährige Dienstzeit hat nicht das mindeste damit zu thun. Früher, als die Anforderungen der Ausbildung noch einfacher waren, traten die Mängel weniger deutlich hervor, heute, wo statt des Drills, oder richtiger gesagt, zu dem Drill die Forderung der Erziehung hinzugetreten ist, sind sie fühlbarer geworden. Das ist der einzige Unterschied, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man darin einen Nachteil der kürzern Dienstzeit sehen. Wenn nur jeder an seinem Plage seine Schuldigkeit thut und unbeirrt durch Nebenwege und Eintagsserfolge das große Ganze im Auge behält, dann wird die Armee weder in ihrer sittlichen noch in ihrer militärischen Tüchtigkeit durch die zweijährige Dienstzeit Einbuße erleiden; sie wird im Gegenteil in dem dadurch verursachten Zuwachs an Zahl auch eine Vermehrung an Kraft gewinnen.

Katholische Sozialpolitik. Unter dem Titel „Sozialpolitik und Moral“ hat kürzlich ein Dr. Franz Walter „mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg“ ein Buch veröffentlicht, insbesondere zur Widerlegung der „von Professor Werner Sombart neuesten geforderten Unabhängigkeit der Sozialpolitik von der Moral.“ Der Verfasser benützt dabei Sombarts Kritik der sogenannten „ethischen Schule“ der Herren Schmoller, Schönberg und Genossen ganz geschickt, um beide, den Kritiker und die Ethiker, abzuthun, und wenn sich nicht überall der jesuitische Pferdefuß bemerkbar machte, um alles zu verwirren und alles zu trüben, so könnte man fast wieder einmal zur Hoffnung verleitet werden, daß die moderne katholische Soziologie zu der so dringend erwünschten Klärung der sozialen und

sozialpolitischen Anschauungen etwas beizutragen die Absicht und das Zeug hätte. Wir wollen auf die berechnete Kritik, die Walter an der doktrinären Übertreibung Sombarts wie an der selbstgefälligen Halbheit der „ethischen Schule“ übt, hier nicht eingehn; neu ist davon nichts, wenn auch die Zusammenstellung von Meinung und Gegenmeinung, die geboten wird, ihren Wert hat. Aber wie Walter die „Stellung der katholischen Sozialpolitik“ und damit die der herrschenden Partei im Deutschen Reiche und der ganzen Gefolgschaft derer vom Zeichen S. J. darzulegen sich berufen hält, darüber werden einige kurze Mitteilungen nicht ohne Interesse sein.

Der Verfasser beruft sich zunächst auf das Urteil Sombarts selbst, daß unter allen Auffassungen von dem Zusammenhange der Sozialpolitik und Ethik „wohl am einheitlichsten und verhältnismäßig klarsten der Standpunkt der Katholisch-Sozialen“ sei, die ihren Ausgangspunkt von einem „unwandelbaren Naturrecht“ nähmen. Aus diesem wollten sie — sage Sombart — „zum mindesten die Prinzipien jeder sozialen Ordnung, meist auch die Gestaltung der sozialen Ordnung selbst ableiten.“ Aber dieser Standpunkt sei trotz seiner Klarheit nicht wissenschaftlich diskutierbar, denn das katholischerseits vertretene Naturrecht sei als ein „geoffenbartes, göttliches“ nur durch den „Glauben“ erreichbar. Diese irrige Ansicht stütze Sombart auf folgende Äußerungen zweier bedeutender katholischer Sozialpolitiker, des bekannten Freiherrn von Hertling und des Herrn Theodor Mayer S. J. Der erste sage, eine Sozialpolitik, der die scharfe Orientierung an den unveränderlichen Grundsätzen der Sittlichkeit und des Rechts fehle, werde unausweislich in die Irre gehn; es sei darum die Anerkennung „eines in der Natur begründeten und darum ein für allemal gegebenen und jedem Wandel der gesellschaftlichen Entwicklung entrückten Rechts die Grundlage einer höhern und zielbewußten Sozialpolitik.“ „Der Inhalt des Naturrechts aber stamme aus dem göttlichen Weltenplan.“ Herr Theodor Mayer S. J. aber führe unter anderm aus, es sei die soziale Frage nur gedeihlich zu lösen auf Grund „der von Gott gesetzten und gewollten sittlich-religiösen Weltordnung.“

Aus diesen Äußerungen allein folgere Sombart — sagt Walter —, „daß die Katholisch-Sozialen an den Glauben appellieren müßten, um ihre Sozialpolitik auf das Naturrecht zu basieren.“ Wo der Glaube mangle, versage deshalb — nach Sombart — die katholisch-soziale Theorie vollständig. Der Glaube aber an die Göttlichkeit jener natürlichen Gesellschaftsordnung entkleide die katholische Doktrin des wissenschaftlichen Charakters.

Und wie erklären nun Walter und seine Gefinnungsgenossen ihr Naturrecht ohne Glauben? „Dieses Naturgesetz, sagt Walter wörtlich, umfaßt alles, was wir durch das Licht unsrer Vernunft, gerade abgesehen von allem positiv offenbarten Gesetz, als unsre Pflicht erkennen.“ Mit der vernünftigen Natur des Menschen sei auch zugleich als ihre notwendige Ausstattung das in ihr „grundgelegte Naturgesetz“ gegeben. Es sei nichts andres als die von der vernünftigen Natur unzertrennliche Befähigung, das Gute vom Bösen zu unterscheiden und zugleich das Gute, soweit es zur rechten Ordnung notwendig sei, als geboten, das Böse aber immer als verboten zu erkennen. Wie die vernunftlosen Wesen durch blinde Kräfte und Instinkte geleitet würden, so solle der Mensch sich durch vernünftige Erkenntnis selbst leiten und bestimmen. Die Vernunft des Menschen, soweit sie dem freien Willen als Leuchte zu dienen bestimmt sei, trage in sich „allgemeine, jedem vernünftigen Denker von selbst klare und evidente Prinzipien, mittels deren wir zunächst allgemeine praktische Urteile uns bilden könnten über das, was wir thun und

lassen sollen. Von diesen aus ließen sich durch logische Schlußfolgerungen auf dem Wege des Syllogismus die besondern Normen des menschlichen Handelns deduzieren, um sie auf die einzelnen Fälle anzuwenden. Der logische Denkprozeß, der zur praktischen Verwertung der Prinzipien erforderlich sei, vollziehe sich, wenigstens bezüglich der näher liegenden und einfachen Deduktionen, gewöhnlich leicht und gleichsam unbewußt, sodaß die Ergebnisse häufig wie eine unmittelbare Anschauung der gesunden Vernunft erschienen (nach Th. Mayer S. J.).

Aber, heißt es dann doch weiter: Es frage sich noch, „ob die in der Vernunft sich vollziehende Promulgation des Naturgesetzes mit genügender Klarheit erkennbar sei.“ Schon bei den zunächst aus den allgemeinen Prinzipien abgeleiteten, den sogenannten sekundären Geboten, durch die das primärste Gesetz, das Gute zu thun und das Böse zu meiden, seine Anwendung auf die verschiedenen Gebiete der sittlichen Ordnung, auf das Verhältnis zu Gott, zu den Mitmenschen und zu sich selbst finde, wäre eine „zeitweilige Unkenntnis aus selbstverschuldeten Ursachen“ möglich; desto mehr bei den entferntern Ableitungen in Bezug auf die einzelnen praktischen Fälle des Lebens. Diesen immerhin vorhandenen Mängeln der bloßen Vernunft-erkenntnis habe der „höchste Gesetzgeber“ begegnen wollen „durch die im Dekalog vollzogene positive Kundgebung seines Willens.“ Wir besäßen darin die „Modifikation der genannten sekundären Schlußfolgerungen des natürlichen Sittengesetzes.“

Den Nationalökonomien wird der Vorwurf gemacht, sie hielten den Dekalog „nicht für ein göttliches Gesetz, sondern für ein rein menschliches Gesetzbuch“ — aber trotzdem behauptet der, der diesen Vorwurf macht, immer noch, es sei eine „Ungeheuerlichkeit“ zu sagen, die katholische Sozialpolitik könne den „Glauben“ als Brücke nicht entbehren.

Von klassischer Feinheit aber ist es in der That, wenn Walter — immer unter Aufrechterhaltung, ja zur Unterstüßung jener Ablehnung des Glaubens als Basis der katholischen Sozialpolitik — fortfährt: „Das Naturrecht also, eingegraben nicht in steinerne Tafeln, sondern in die Vernunft und vor Irrtum geschützt durch die Modifikation des Dekalogs, bildet die feste Basis der katholischen Sozialpolitik,“ um dann ohne Unterbrechen und Besinnen also fortzufahren: „Hier knüpft dann die im Christentum erfolgte positive Offenbarung an. Denn auch der Dekalog genügt noch nicht allein zur Durchführung der Sozialreform. Nur das ganze und volle Christentum kann das Gedeihen des sozialen Lebens ermöglichen. So notwendig der Dekalog auch ist, und so viel auch erreicht wäre, wenn er durchgehends heilig gehalten würde, er bietet der Sozialpolitik zunächst nur den festen Standpunkt, und zwar den wissenschaftlich vollbegründeten Standpunkt. Die höchste Förderung erfährt diese aber für die Gesamtheit der ihr obliegenden Aufgaben in der positiven Offenbarung des Christentums.“

Was in aller Welt bleibt nun in Wirklichkeit den Katholisch-Sozialen von ihrem festen Standpunkt, dem von jedem Glauben unabhängigen, nur in der Vernunft begründeten „Naturrecht“ übrig? Was ist damit gewonnen, wenn man angeblich nachweist, dieses Naturrecht setze keinerlei Glauben an eine positive Offenbarung voraus, und in demselben Atem ausspricht, ohne die positive Offenbarung wisse man von diesem berühmten Standpunkt aus in der Sozialpolitik oder überhaupt im sozialen und sittlichen Leben so gut wie nichts anzufangen? Sombarts Übertreibung und der Ethiker selbstgefällige Halbheit wird sich dadurch wenig erschüttert fühlen, aber der eigentliche, in Wahrheit feste Standpunkt der Katholisch-Sozialen ist damit gerettet, der „feste, einwandfreie Standpunkt,“ zu dem Roscher, wie Walter sagt, nicht gelangen konnte, weil der „Mangel einer durchgebildeten

natürlichen Ethik sowie einer unfehlbaren Schriftauslegung durch eine oberste Autorität" ihn daran hinderte.

Das sind die beiden unzertrennlichen Voraussetzungen der katholischen Sozialpolitik, und Walter selbst hat uns darüber keinen Zweifel gelassen, was die sogenannte natürliche Ethik ohne die unfehlbare Schriftauslegung durch den jeweiligen Papst in Rom bedeutet. Sie ist praktisch gar nichts, der Papst alles. Quod erat demonstrandum.

Es ist mit kluger Berechnung die katholische Sozialpolitik in den Dienst des Papismus gestellt worden. Die moderne Sozialpolitik, indem sie in ihrer Einseitigkeit der Gesamtheit im Übermaß die Erfüllung sittlicher Pflichten, die man dem Einzelnen nicht zumuten zu dürfen glaubte, aufbürdete und damit zu einer weitgehenden Verstaatlichung von Moral und Christentum führte, ebnete dem Papismus nur zu sehr die Wege zur Wiedereroberung des Erdreichs durch den ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik oder doch den bei weitem wesentlichsten Teil der innern Politik aller Staaten. Eine sozialpolitische Bulle folgte auf die andre, und wer wagt es wohl heute in der herrschenden Partei im Deutschen Reiche an einem Satze, ja einem Worte dieser Bullen Kritik zu üben oder nur für zulässig zu halten?

Scharf und bestimmt zielt die päpstliche oder wie man, wenn etwas dauerndes bezeichnet werden soll, besser sagt: die jesuitische Sozialpolitik ab auf die mittelalterliche Gebundenheit und Unfreiheit des ganzen sozialen und wirtschaftlichen Lebens, auf die soziale und wirtschaftliche Reaktion bis hinter die Reformation zurück. Walter liefert auch dafür in seinem Buch den unzweideutigen Beweis; aber er nicht allein, sondern die ganze stattliche Streitmacht der jesuitischen Sozialpolitiker in ihrer gewaltig ins Kraut schießenden Litteratur.

Es widersetzt uns, auf die von ebenso großer Oberflächlichkeit wie Gehässigkeit zeugenden Angriffe des Verfassers gegen den Protestantismus, der grundsätzlich die Sittlichkeit nicht nur in der Sozialpolitik, sondern, was viel schlimmer wäre, im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Völker vernichtet, nicht nur die Freiheit des Individuums, sondern auch den Mißbrauch dieser Freiheit verschuldet und damit zum sozialen Elend, zum übermütigen, schrankenlosen Egoismus der Einzelnen und zur Proletarisierung der Massen geführt habe, näher einzugehen. Es widersetzt uns, diese Gehässigkeiten gebührend abzufertigen, schon weil wir auch die Gehässigkeit tief beklagen, die von Protestanten gegen die katholische Kirche vielfach geübt worden ist, und weil wir willig anerkennen, daß die deutschen katholischen Geistlichen auf die sittliche Pflichterfüllung des Einzelnen vortrefflich hingewirkt und damit zum besten gesunder sozialer Verhältnisse sehr viel geleistet haben und leisten. Aber was die Sozialpolitik betrifft, da müssen wir denn doch ganz nachdrücklich gegen die päpstlichen und jesuitischen Rezepte und Weisheitsregeln protestieren. Was die Päpste und die Jesuiten damit in Italien und nicht weniger in den Ländern spanischer Zunge diesseits und jenseits des Ozeans angerichtet haben, schreit zum Himmel. Wo ist die Proletarisierung der Massen durch die rücksichtslose Habucht der Mächtigen schroffer und unheilbarer vollzogen worden als da, wo der Papst und die Jesuiten unmittelbar die Politik machten, wo sie selbst regierten in ihrem Patrimonium?

Es ist sehr bemerkenswert, daß auch die deutschen katholischen Sozialpolitiker, seitdem man es in Rom für gut befunden hat, den Papst nicht nur, wie es seine Pflicht ist, dafür sorgen zu lassen, daß innerhalb der katholischen Kirche die Menschen zur Erfüllung ihrer individuellen sozialen Christenpflicht angehalten werden — immer

nachdrücklicher und fürsorglicher, je „komplizierter“ das wirtschaftliche Leben wird —, sondern ihn auch auf die Sozialpolitik der Völker den ausschlaggebenden Einfluß beanspruchen zu lassen, daß diese Sozialpolitiker ersichtlich in reaktionäre Bahnen eingelenkt haben, statt, wie früher, der verkehrten und übermäßigen Entmündigung und Fesselung der Individuen entgegenzutreten. Man braucht nur an den Umfall Hertlings in der Kunstpolitik zu erinnern. Es scheint so, als ob man eine Zeit lang in Staatssozialismus machen zu dürfen glaubt, weil man die Herrschaft im Staat in Händen zu haben glaubt. Jedenfalls sind wieder einmal die Jesuiten und die Feudalen auch im Deutschen Reiche getreue Bundesgenossen in der radikalen Reaktion in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, mögen die Herren von der S. J. auch vorläufig noch etwas demagogische Arbeiterfreundlichkeit für am Plage halten.

Wir denken nicht daran, der Kirche, weder der protestantischen noch der katholischen, das Recht zu bestreiten, sich um die Sozialpolitik zu kümmern, wo diese in Widerspruch gerät mit dem in der Religion begründeten Sittengesetz. Aber wie heute die Dinge liegen, hat die Kirche weniger als jemals Grund, Sozialpolitik zu treiben, und noch weniger in ihr zu treiben und zu drängen. Heut ist die Gefahr, daß über der Sozialpolitik die soziale Pflichterfüllung der Individuen vergessen wird, die größte soziale Gefahr. Da hat die Kirche aller Konfessionen nicht in Politik zu machen, sondern ihres eigentlichen, ihres höchsten und heiligsten Amtes zu wälten, d. h. für die Kräftigung und Wiederbelebung jenes sogenannten Naturrechts in den Seelen der Menschen zu sorgen und für den Glauben an die Heiligkeit dieses Rechts auf der ganzen Linie den Kampf aufzunehmen, statt um diejenigen Glaubenssätze zu streiten, die mit der Sittlichkeit und der Nächstenliebe gar nichts zu thun haben, aber unsre Bekenntnisschriften von Anfang bis zu Ende ausfüllen. Die soziale Aufgabe der Kirche ist vor allem eine ethische und nur ausnahmsweise eine politische. Dr. Walter hätte gut gethan, als obersten Grundsatz seiner Arbeit die von ihm leider nur ganz beiläufig zitierten Ausführungen seines Glaubensgenossen Pater Cathrein anzuerkennen, in der es heißt: „Die Sittlichkeit oder das Ethos ist etwas wesentlich Individuelles, Persönliches, oder mit andern Worten: der eigentliche und unmittelbare Träger der Sittlichkeit kann nicht die Gesellschaft, sondern nur die Einzelpersönlichkeit sein. . . . Es ist deshalb die Verschiebung des Sittlichen vom Gebiete des Individuums auf das der Gesellschaft, die Erweiterung der Individualethik zur Sozialethik, deren sich neuere Schriftsteller als eines großartigen Fortschritts rühmen, eine gänzliche Verkennung des wahren Charakters der Sittlichkeit.“

Dieses goldne Wort des Pater Cathrein wollen wir nicht vergessen angesichts der Thatfache, daß der Jesuitismus schon durch die Pforte der katholischen Sozialpolitik seinen Einzug ins Deutsche Reich gehalten hat. Ob man jetzt auch noch die Jesuiten körperlich einziehen läßt, ist herzlich gleichgiltig. Vielleicht wird gerade die Beseitigung ihres Märtyrertums und der unmittelbare Augenschein die guten Patrioten der herrschenden Partei am besten darüber aufklären, wie schlecht sich Patriotismus und Jesuitismus vertragen. Vielleicht wird die Rückkehr der Jesuiten ins Deutsche Reich der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft über die herrschende Partei im Reiche sein. Der deutsche Protestantismus, der auf dem Boden evangelischer Freiheit fußt, hat die Jesuiten nicht zu fürchten, und die protestantische Orthodoxie hat kein Recht und keine Fähigkeit zum Fortbestehen neben dem Katholizismus.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig